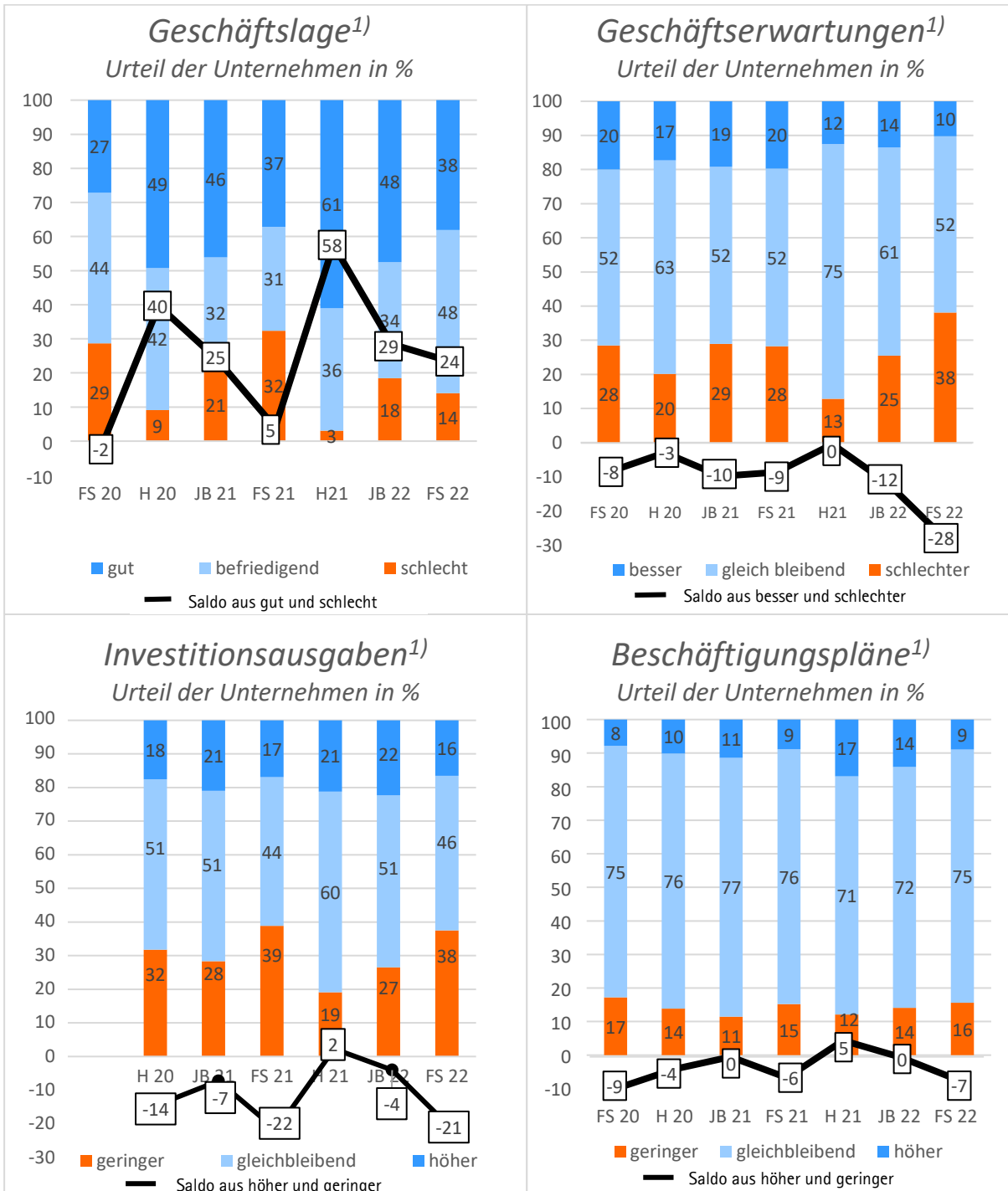


Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Frühsummer 2022



¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Regionale Wirtschaft blickt mit Bangen auf die kommenden Monate

Für die aktuelle Konjunkturumfrage wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 4. April 2022 bis 3. Mai 2022 befragt.¹ Die Geschäftslage der gewerblichen Wirtschaft hat sich insgesamt im Vergleich zur Vorumfrage zum Jahresbeginn 2022 (JB 22) nur geringfügig eingetrübt. Auf der einen Seite belastet der Krieg Russlands gegen die Ukraine die Geschäftslage – weniger Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage als „gut“. Auf der anderen Seite sind im Laufe des Umfragezeitraums die pandemiebedingten Einschränkungen weitgehend aufgehoben worden, so dass weniger Unternehmen als zum Jahresbeginn ihre Geschäftslage als „schlecht“ einschätzen. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt. 43 % der Unternehmen berichten von einer „guten“ Auftragslage. Nur 15 % halten ihre Auftragslage für „schlecht“ (JB 22: 24 %). Der Gewinnlagesaldo ist gegenüber der Vorumfrage weiter gefallen und liegt nun bei -1 Prozentpunkt (Zum Vergleich: Zwischen 2016 und 2019 lag er im Durchschnitt bei 21 Prozentpunkten). Die Unternehmen klagen über Kostensteigerungen bei allen Kostenkomponenten (Abb. 1): Bei 85 % der Unternehmen sind die Kosten für Energie gestiegen, 71 % haben höhere Einkaufspreise für Vorleistungsprodukte zu tragen und 68 % berichten von höheren Arbeitskosten. Die Gründe für die Kostensteigerungen sind vielschichtig und bedingen sich wechselseitig. Die mit Überwindung der Pandemie einsetzende Nachfragesteigerung trifft auf noch pandemiebedingte Lieferschwierigkeiten, aufgrund des Krieges in der Ukraine zusammengebrochene Lieferketten und den Fachkräftemangel. Eine Weitergabe von Kostensteigerungen an ihre Abnehmer (Abb. 2) erreichen 38 % der Unternehmen, aber nur einem Drittel dieser Unternehmen gelingt dies vollständig. 17 % der Unternehmen ist eine Kostenüberwälzung aufgrund langfristiger Vertragsverpflichtungen nicht möglich. Die Gewinnmargen eines großen Teils der Unternehmenschaft sind damit unter Druck. Dementsprechend beurteilen weniger Unternehmen als noch zum Jahresbeginn ihre Finanzlage als unproblematisch (FS 22: 54 %, JB 22: 61 %). Mehr Unternehmen berichten von Liquiditätsengpässen, Eigenkapitalrückgang und einer hohen Fremdkapitalbelastung.

Die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate zeigen die große Unsicherheit angesichts des Ukrainekrieges und seiner Folgen für die Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Vorprodukten sowie seiner Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Die Prognosen für die Weltwirtschaft und die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wurden seit Kriegsbeginn schon deutlich nach unten revidiert. Dementsprechend erwarten aktuell 38 % der Unternehmen eine Verschlechterung ihrer Geschäftsentwicklung (JB 22: 25 %). Der Saldo aus „besser“ und „schlechter“ -Meldungen liegt bei - 28 Prozentpunkten. Seit der Finanzkrise 2009 gab es keinen derart negativen Wert. Die Unternehmen sehen sich einer Vielzahl an Risiken ausgesetzt (Abb. 4). Für 85 % der Unternehmen stellen die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise ein Geschäftsrisiko dar (JB 22: 69 %). Gleichzeitig belastet die Unternehmen nach wie vor der Fachkräftemangel. Wie schon in der Vorumfrage können 41 % der Unternehmen offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Der Fachkräftemangel bremst das Wachstum dieser Unternehmen und der Region. Die Unsicherheit bzgl. der wirtschaftlichen Entwicklung hemmt allerdings zurzeit die Einstellungsbereitschaft vieler Unternehmen. Dazu kommt, dass die Arbeitskosten von mehr Unternehmen als in den Vorjahren als Geschäftsrisiko gesehen werden. Daher gehen nur 9 % der Unternehmen von einer Vergrößerung ihrer Belegschaft in den kommenden 12 Monaten aus, 16 % erwarten einen Rückgang ihrer Mitarbeiterzahl. Etwa die Hälfte der Unternehmen gibt an, dass sie aktuell keinen Personalbedarf haben.

Die schlechtere Beurteilung der Geschäftslage und die deutlich pessimistischeren Erwartungen gegenüber der Umfrage vom Jahresbeginn 2022 führen zu einem weiteren **kräftigen Rückgang des Konjunkturklimaindexes, von 107 auf nunmehr 95 Indexpunkte** (Abb. 3).²

Die pessimistischen Erwartungen halten viele Unternehmen davon ab, Investitionen zu tätigen. 38 % der Unternehmen planen mit niedrigeren Investitionssummen als in der Vorumfrage (JB 22: 27 %) und nur 16 % rechnen mit höheren Investitionsausgaben. Der Investitionssaldo fällt somit auf -21 Prozentpunkte (JB 22: -4 Prozentpunkte). 19 % der Unternehmen planen keine Investitionsausgaben (JB

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 912 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 278. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

² Der Konjunkturklimaindikator kann Werte von 0-200 annehmen und lag im Mittel der letzten 10 Jahre bei 117 Indexpunkten.

22: 18 %). Gut jedes 4. Unternehmen rechnet mit Investitionsausgaben von unter 10.000 € und ebenfalls gut jedes vierte Unternehmen investiert zwischen 10.000 € und 100.000 €. Im Vergleich zur Vorumfrage fällt auf, dass Rationalisierungsinvestitionen als Investitionsmotiv an Bedeutung gewonnen haben (FS: 29 %, JB 22: 23 %). Die Schwierigkeiten offene Stellen zu besetzen und die zunehmend als Geschäftsrisiko wahrgenommenen Arbeitskosten fördern diese Verschiebung der Investitionsprioritäten. Investitionen in Umweltschutz planen 22 % der Unternehmen. Sie erreichen damit in der gewerblichen Wirtschaft zum ersten Mal den gleichen Stellenwert wie Investitionen zur Umsetzung von Produktinnovationen.

Abb. 1

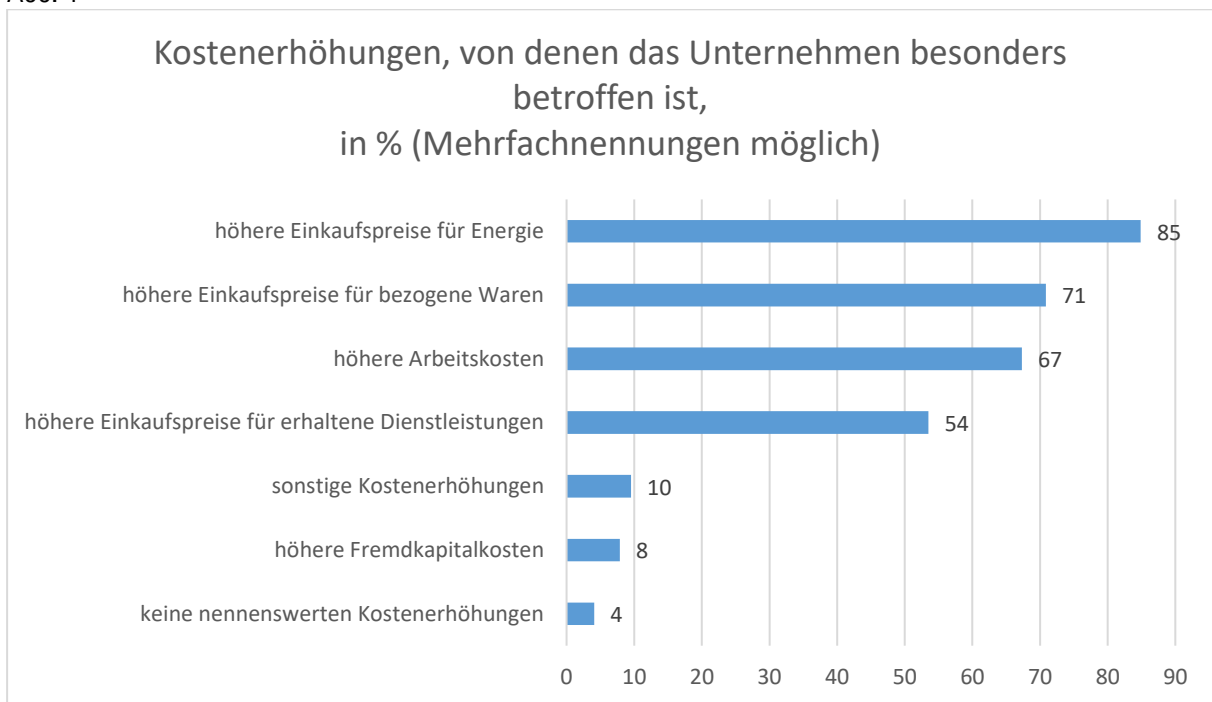


Abb. 2

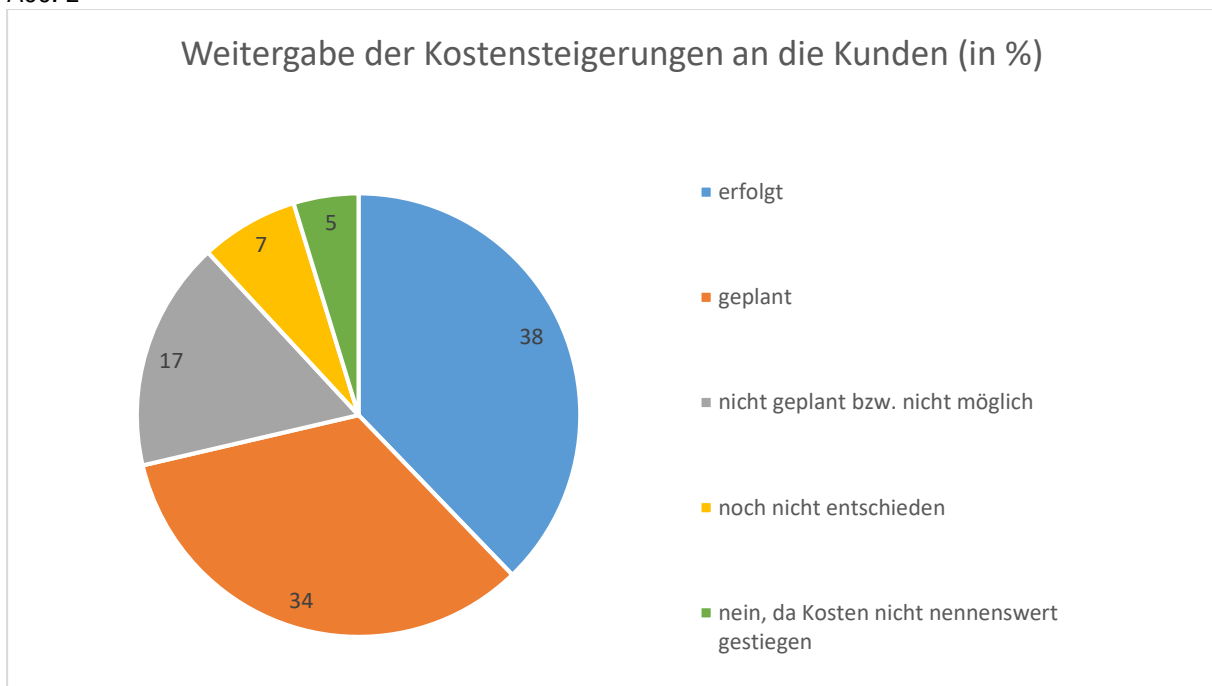


Abb. 3

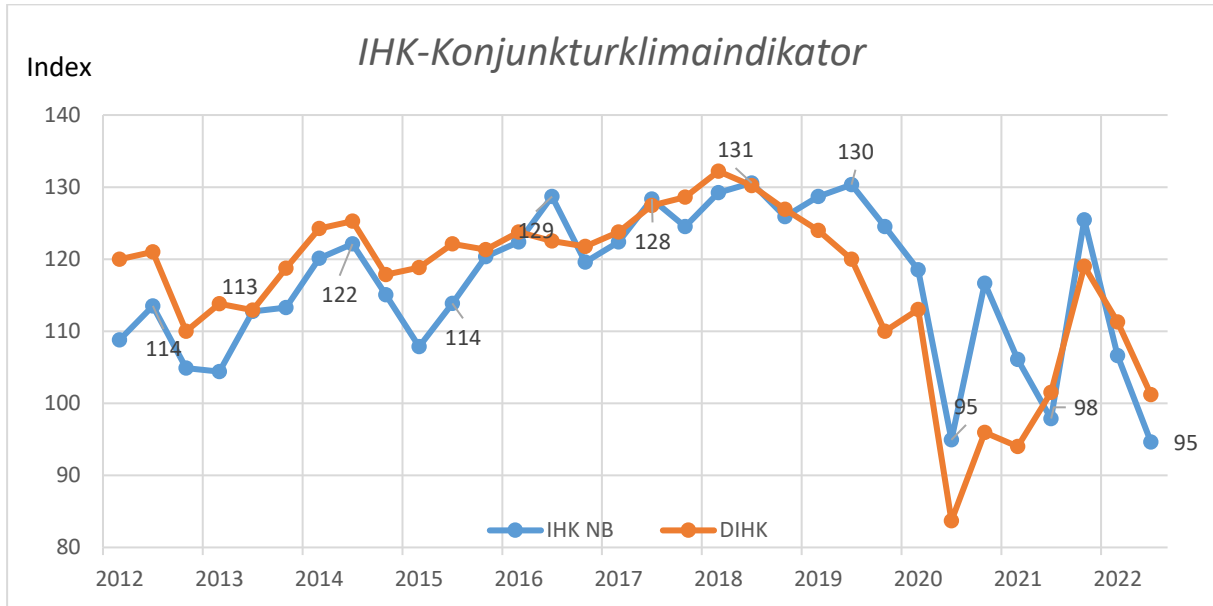
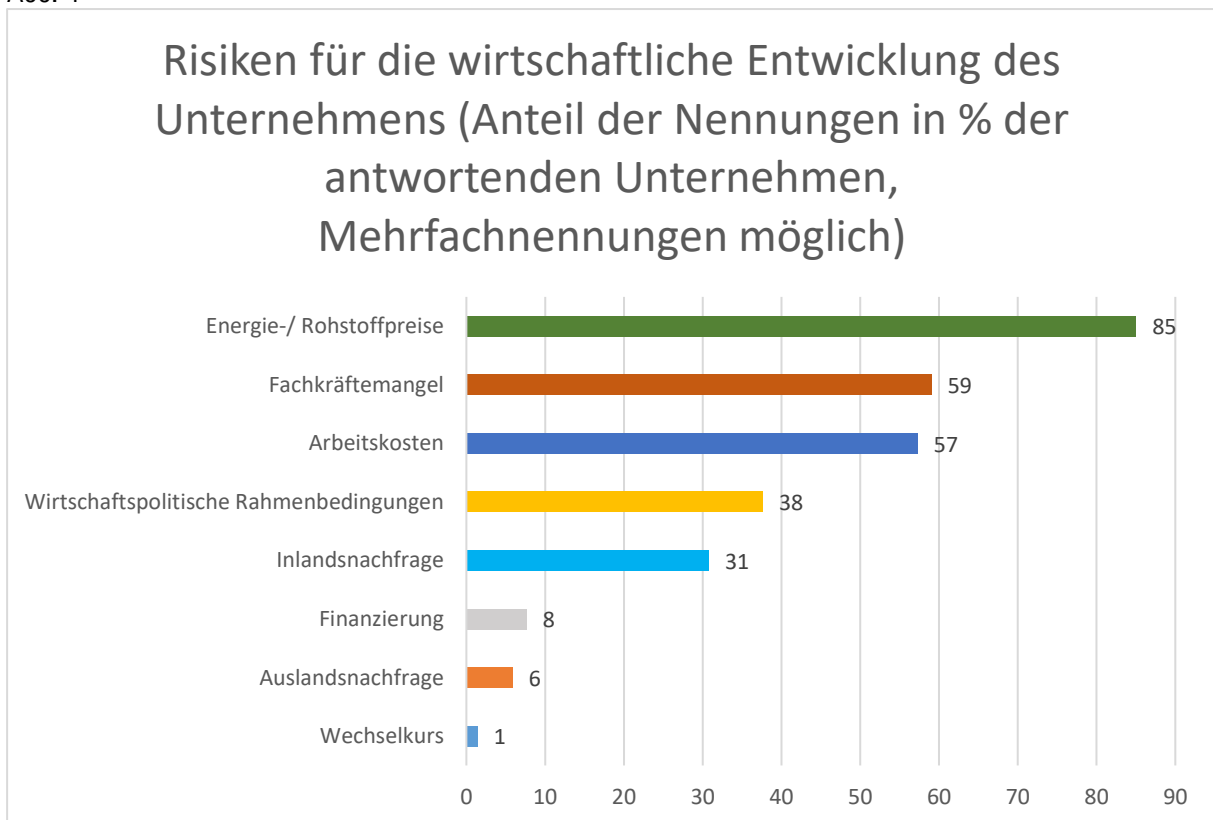


Abb. 4



Die Entwicklung in den Branchen

In der **Industrie** bezeichnen 93 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“ oder „befriedigend“ (Abb. 5). Der Geschäftslagesaldo liegt bei 43 Prozentpunkten und damit nur geringfügig unter dem Wert der Vorumfrage. Die Nachfrage nach Industrieprodukten ist weiterhin hoch und wird getragen von der wirtschaftlichen Erholung nach der Coronapandemie. Gut ein Drittel der Unternehmen hält die Gewinnlage für „gut“, 28 % schätzen sie als „schlecht“ ein. Die Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen betreffen etwa 80 % der Unternehmen, die Kosten für bezogene Dienstleistungen sind bei 67 % und die

Arbeitskosten bei 60 % der Unternehmen gestiegen. 53 % der Unternehmen haben die Kostensteigerungen bereits an ihre Abnehmer weitergegeben. Der Hälfte von ihnen ist dies in vollem Umfang, der anderen Hälfte nur teilweise gelungen. Weitere 27 % der Unternehmen planen, die Kostensteigerungen in die zukünftigen Lieferverträge einzupreisen, 63 % von ihnen streben eine vollständige Überwälzung an. 10 % der Unternehmen gelingt es nicht, die Kostensteigerungen an ihre Kunden weiterzureichen. Die Finanzlage der Unternehmen hat sich dementsprechend verschlechtert. 20 % der Unternehmen berichten über Liquiditätsengpässe und 17 % über einen Rückgang an Eigenkapital. Jeweils 13 % klagen über eine hohe Fremdkapitalbelastung und steigende Forderungsausfälle. Das Zinsniveau zur Fremdfinanzierung ist noch so günstig, dass sich nur wenige Industrieunternehmen dadurch eingeschränkt fühlen.

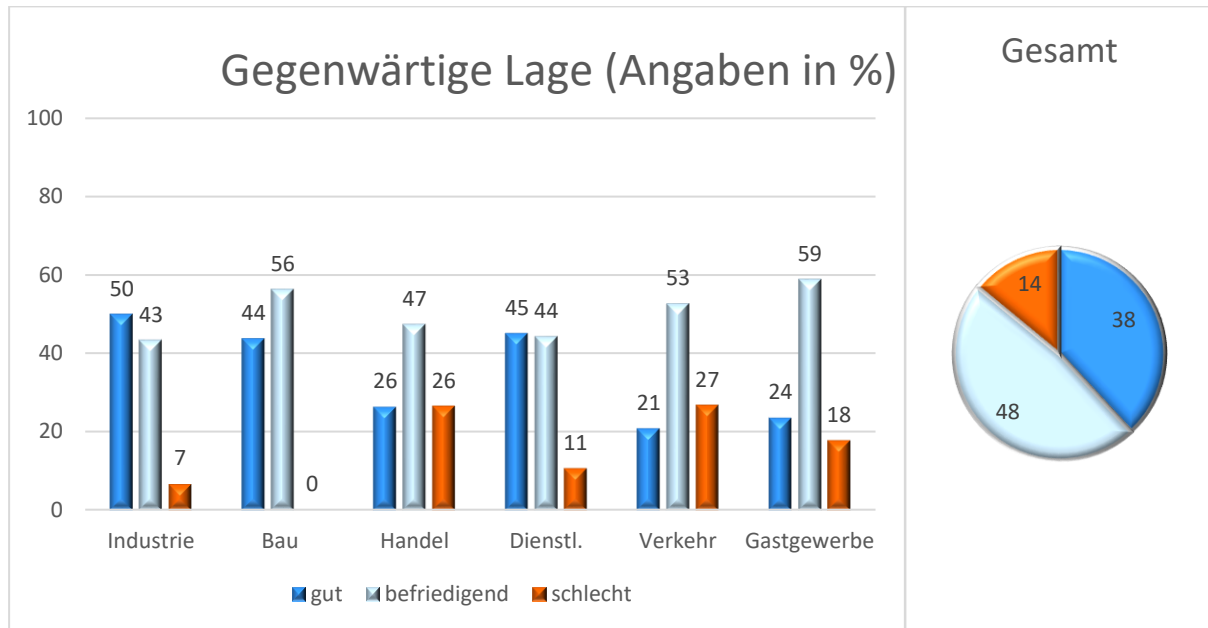
Fast für alle Industrieunternehmen stellen die Energie- und Rohstoffpreise ein Risiko dar, das ihre Geschäftserwartungen belastet. Als Geschäftsrisiken kommen bei jeweils etwas mehr als der Hälfte der Unternehmen der Fachkräftemangel und die Arbeitskosten hinzu und 41 % der Unternehmen betrachten die Inlandsnachfrage mit Sorge. Die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate (Abb. 6) haben sich daher weiter verschlechtert (Erwartungssaldo FS 22: -17 Prozentpunkte, JB 22: -13 Prozentpunkte).

Die pessimistischeren Erwartungen bremsen die Investitionsbereitschaft, während der nach wie vor niedrige Zinssatz und die Erwartung von Zinssteigerungen in der Zukunft sie anregen. Im Ergebnis ist der Investitionssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „höher“ und „geringer“-Meldungen), der zum Jahresbeginn 2022 noch nahezu ausgeglichen war, nun auf -10 Prozentpunkte zurückgegangen (Abb. 7). Die Antworten auf die Frage nach den Investitionshöhen machen deutlich, wie sehr die Industrie auch aktuell der Treiber für die regionale Investitionstätigkeit ist. Sie liegt bei Investitionen über 100.000 € an der Spitze und der Prozentsatz an Unternehmen ohne Investitionsvorhaben ist am niedrigsten. Nach den Ersatzinvestitionen sind Rationalisierungsinvestitionen das wichtigste Motiv (39 %). Kapazitätserweiterungen und Investitionen in Umweltschutz spielen jeweils für 32 % der Industrieunternehmen eine Rolle.

Mehr Unternehmen gehen von einer sinkenden Mitarbeiterzahl aus als von einer steigenden, so dass der Beschäftigungssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „höher“ und „geringer“-Meldungen) bei -7 Prozentpunkten liegt (Abb. 8). Zwar können ähnlich wie bei der Vorumfrage etwa 40 % der Unternehmen Stellen längerfristig nicht besetzen und 55 % der Unternehmen sehen im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko, aber der Anteil an Unternehmen, die zurzeit keinen Personalbedarf haben, ist von 38 % auf 50 % gestiegen.

47 % der befragten Industrieunternehmen tätigen Exporte. Die Anzahl an Unternehmen, die von sinkenden Exporten ausgeht, überwiegt diejenige mit steigenden Exporterwartungen geringfügig.

Abb. 5



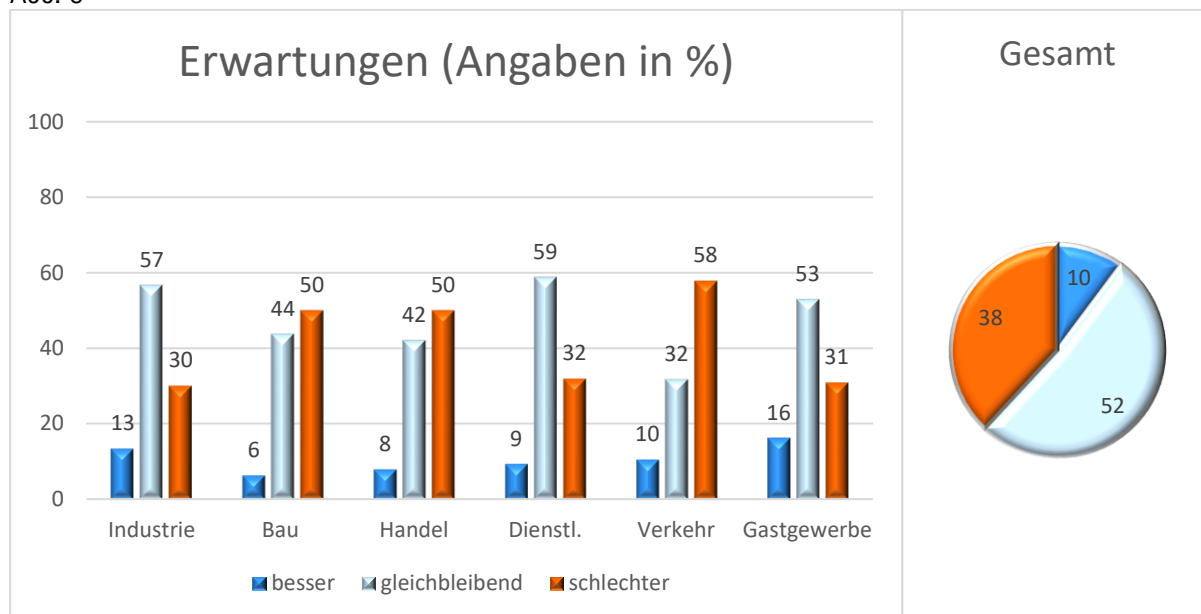
Die Geschäftslage wird von den Bauunternehmen zwar nicht mehr so positiv beurteilt wie bei den Vorumfragen, doch immer noch berichtet kein Unternehmen von „schlechten“ Geschäften. Ähnlich sieht es aus bei der Auftragslage. Die Gewinnsituation ist ebenfalls nicht mehr ungetrübt, aber der Gewinnlagesaldo noch deutlich positiv (13 Prozentpunkte, JB 22: 28 Prozentpunkte). Über Knappheiten bei Baustoffen und daraus resultierenden Kostensteigerungen klagt die gesamte Branche und auch von Energiepreisteigerungen ist sie auf breiter Front betroffen. Etwa die Hälfte der Unternehmen hat die Kostensteigerungen inzwischen an die Kunden weitergegeben und ein Viertel plant dies, so dass die Gewinnmargen jedenfalls zum Teil erhalten bleiben. Ein Viertel der Unternehmen teilt mit, dass die Überwälzung auf die Kunden nicht möglich ist. Dann verschlechtert sich die Finanzlage der Unternehmen und sie haben mit Liquiditätsengpässen und Eigenkapitalrückgang zu kämpfen.

Anders als bei allen anderen Branchen werden der Fachkräftemangel und die Energie- und Rohstoffpreise in der Baubranche im Wesentlichen als gleichermaßen belastend für die zukünftige Geschäftstätigkeit eingeschätzt. Wie gravierend der Mangel an Personal ist, wird auch darin deutlich, dass vier von fünf Unternehmen angeben, offene Stellen längerfristig nicht besetzen zu können. Die übrigen haben im Moment keinen Personalbedarf. Entsprechend geht ein Viertel der Unternehmen davon aus, dass ihre Mitarbeiterzahl in den kommenden 12 Monaten sinkt, nur 6 % erwarten einen Anstieg.

Ausgehend von der guten Geschäftslage in der Branche, ist es nicht überraschend, dass die Erwartungen vorsichtig sind. Die Unsicherheit bzgl. der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt, Schwierigkeiten bei der Lieferung von Baustoffen und der Fachkräftemangel erhöhen die Risiken und verstärken daher die negativen Geschäftserwartungen. Nur noch wenige Unternehmen gehen daher von einer Verbesserung, etwa die Hälfte von einer Verschlechterung ihrer Geschäfte in den kommenden 12 Monaten aus. Damit fällt der Erwartungssaldo von +6 auf -44 Prozentpunkte.

Diese pessimistischen Erwartungen bremsen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Kein Unternehmen plant mit steigenden Investitionsausgaben. Etwa ein Fünftel der Unternehmen plant keine Investitionsausgaben. Die investierenden Unternehmen konzentrieren sich zum großen Teil auf Ersatzinvestitionen.

Abb. 6



Im Handel zeichnen die Unternehmen aktuell ein sehr gemischtes Bild. Manche Händler haben sehr unter den pandemiebedingten Einschränkungen gelitten und profitieren nun von deren Aufhebung, ihre Geschäfte laufen gut. Bei anderen dominieren Lieferschwierigkeiten, so dass Kundenwünsche nicht befriedigt werden können oder Preissteigerungen führen dazu, dass die Nachfrage nach den Produkten sinkt. Im Autohandel führen die langen Lieferzeiten bei Neufahrzeugen zu hohen Preisen bei den noch verfügbaren Neufahrzeugen und zu einer gestiegenen Nachfrage nach Gebrauchtwagen und Reparaturen. Im Großhandel kommen von den Händlern mit Baustoff- und Landmaschinen negative Stimmen, weil die Maschinen nicht lieferbar sind. Insgesamt halten sich im Handel die positiven und negativen Meldungen zur Geschäftslage die Waage.

Die gesamte Branche ist von Preissteigerungen im Einkauf betroffen, große Teile spüren die Energiepreissteigerungen in steigenden Liefer- oder Betriebskosten. Gut die Hälfte der Handelsunternehmen hat die Kostensteigerungen schon in den Verkaufspreisen weitergegeben. Etwas mehr als ein Drittel konnte eine vollständige Überwälzung durchsetzen. Lassen sich die Kostensteigerungen nicht an die Kunden weitergeben, geraten die Gewinne unter Druck. Dementsprechend hat sich auch im Handel die Gewinnlage verschlechtert, der Gewinnlagesaldo ist von +15 Prozentpunkten zum Jahresbeginn 2022 auf nun -8 Prozentpunkte zurückgegangen. Das beeinträchtigt die Finanzlage der Unternehmen. 46 % berichten über Eigenkapitalrückgang.

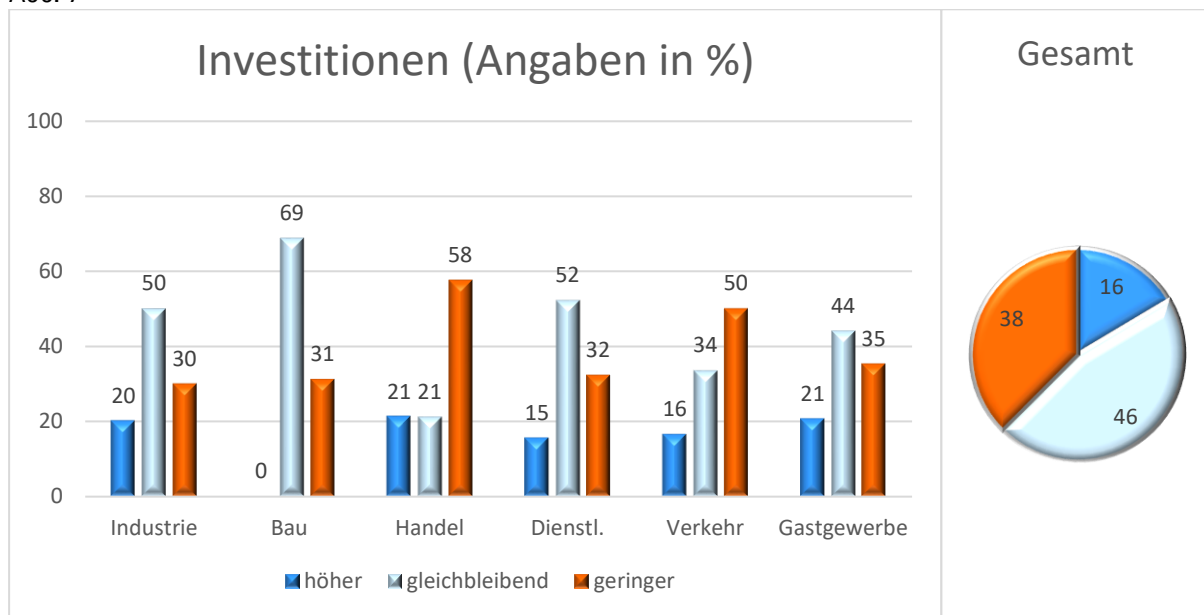
Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich erheblich verschlechtert. Auch die Unternehmen, die bislang noch gute Geschäfte machen, sind aufgrund der großen Unsicherheit über die zukünftige Verfügbarkeit von Waren und deren Preise sehr pessimistisch. Zum Teil sind Waren im Einkauf nicht erhältlich oder nur mit sehr langen Lieferfristen. Zurzeit werden Verträge über die Lieferung von Waren oft mit dem bei Lieferung aktuellen Preis abgeschlossen, weil es angesichts der Knappheiten und der aktuellen Beschleunigung der Inflationsrate völlig unklar ist, wann die Lieferung und welches die Preise dann sein werden.

Mit 62 % geben überdurchschnittlich viele Handelsunternehmen an, dass von den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko ausgeht. Im Handel haben Arbeitsplätze auf Mindestlohnniveau einen höheren Anteil als in der Industrie oder im Bau, so dass die gesetzliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12 € ab 1. Oktober 2022 die Personalkosten in die Höhe treiben wird.

Gut drei Viertel (JB 22: zwei Drittel) geben an, dass sie aktuell keinen Personalbedarf haben. Der Beschäftigungssaldo ist seit der Umfrage vom Jahresbeginn von +8 auf jetzt -11 Prozentpunkte gefallen.

Während zum Jahresbeginn 2022 knapp 30 % der Unternehmen für die kommenden 12 Monate mit geringeren Investitionsausgaben planen, sind es nun knapp 60 % und damit weit mehr als in den anderen Branchen. Angesichts dessen, dass die Arbeitskosten für Handelsunternehmen überdurchschnittlich oft ein Geschäftsrisiko darstellen, ist es nicht überraschend, dass 54 % der Unternehmen als Investitionsmotiv Rationalisierung angeben.

Abb. 7



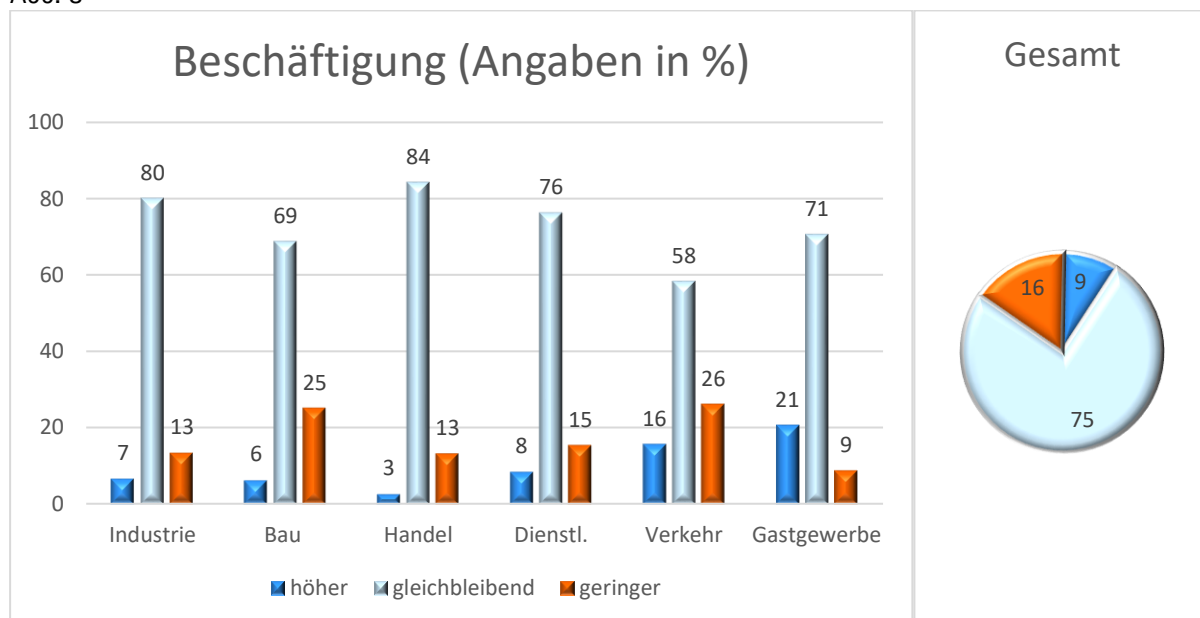
Die Geschäftslage der Dienstleistungsunternehmen zeigt sich robust. 89 % der Unternehmen sprechen von einer „guten“ oder „befriedigenden“ Lage. Der Veranstaltungswirtschaft ermöglicht die Aufhebung der Coronabeschränkungen wieder eine nahezu normale Geschäftstätigkeit. Dazu kommt, dass mit dem Frühjahr die Saison für viele sportliche und musikalische Events in der Region startet, so dass die Veranstaltungswirtschaft stark nachgefragt ist. Bei vielen Dienstleistungsbranchen, wie z. B. der Versicherungswirtschaft, Immobilienmaklern oder Ingenieuren spielt Energie als Inputfaktor – zumal mit dem Ende der Heizperiode – nur eine geringe Rolle. Vorprodukte gehen kaum in die Dienstleistungen ein, so dass diese Dienstleistungsbranchen nur selten von Problemen mit Lieferketten betroffen sind. Folglich schlagen sich in der Dienstleistungsbranche insgesamt Kostensteigerungen bei Vorprodukten und Energie in geringerem Maße in den Gewinnen nieder als in den anderen Branchen. Die Gewinnlage wird von 78 % der Unternehmen als „gut“ oder „befriedigend“ eingeschätzt. Die Finanzlage hat sich nicht gegenüber der Vorumfrage verschlechtert.

Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich auch bei den Dienstleistungsunternehmen erheblich gegenüber der Vorumfrage verschlechtert. Der Erwartungssaldo ist von -9 auf -23 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Unternehmen gehen davon aus, dass die Nachfrage nach ihren Dienstleistungen aufgrund der gestiegenen Kostenbelastungen der privaten Haushalte und Unternehmen, sinkender Realeinkommen und Gewinne und der hohen Unsicherheit zurückgehen wird.

Die schlechteren Erwartungen dämpfen die Investitionsbereitschaft. Der Investitionssaldo, der bei der Vorumfrage noch ausgeglichen war, fällt auf -17 Prozentpunkte. Die geringere Investitionsbereitschaft überträgt sich auf die Höhe der geplanten Investitionsausgaben. 60 % der Dienstleister, die niedrigere Investitionsausgaben planen, haben sie auf Null gesetzt, nur 5 % von ihnen sehen Investitionsausgaben von über 500.000 € vor. Andererseits planen die Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten erhöhen, mit besonders hohen Investitionssummen. Ein Drittel der Unternehmen investiert in Kapazitätserweiterungen.

War der Beschäftigungssaldo zum Jahresbeginn noch ausgeglichen, überwiegen jetzt die Unternehmen die von einer sinkenden Zahl an Beschäftigten ausgehen. 54 % der Unternehmen haben aktuell keinen Personalbedarf, 35 % finden für offene Stellen keine geeignete Besetzung.

Abb. 8



Auch im Verkehrsgewerbe hat sich die Geschäftslage verschlechtert. Im Vergleich zum Jahresbeginn schätzen weniger Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“ und mehr als „schlecht“ ein, so dass der Geschäftslagesaldo von +15 auf -6 Prozentpunkte gefallen ist. Mit der Auftragslage sind die Unternehmen – insbesondere die Güterverkehrsunternehmen – insgesamt zufrieden. Die Branche ist allerdings besonders stark von den Steigerungen bei Energiepreisen und Arbeitskosten betroffen und die Überwälzung auf den Kunden scheint schwieriger als im Baugewerbe oder der Industrie. Daher sprechen rund drei von vier Verkehrsbetrieben von einer „schlechten“ Gewinnlage. Damit sind die Gewinn- und in der Folge die Finanzlage im Verkehrsgewerbe im Branchenvergleich am schlechtesten.

Mit der Einigung zum Entlastungspaket 2022 werden durch die Absenkung der Energiesteuer ab Juni 2022 die Kraftstoffpreise wahrscheinlich sinken. Fraglich ist aber wie groß der Effekt sein wird, zumal diese Maßnahme voraussichtlich auf drei Monate befristet sein wird. Außerdem sind mit der beschlossenen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns ab 1. Oktober 2022 neue Kostensteigerungen in Sicht. Dazu kommt, dass eine Erhöhung der Maut für LKW ab 1. Januar 2023 vorgesehen ist. Die Unternehmen gehen nicht davon aus, dass es ihnen zukünftig besser gelingt, Kostensteigerungen weitergeben zu können. Daher erwarten 58 % der Unternehmen, dass sich ihre Geschäfte schlechter entwickeln werden. Der Erwartungssaldo liegt mit -47 Prozentpunkten weit unter dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft.

Die Investitionsneigung der Branche leidet unter den pessimistischen Erwartungen. Mehr Unternehmen planen ihre Investitionsausgaben zu reduzieren als zu steigern. Mehr Unternehmen als bei der Vorumfrage haben mitgeteilt, dass sie keine Investitionsausgaben planen.

Der Mangel an Arbeitskräften bremst das Wachstum des Verkehrsgewerbes. 63 % der Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen.

Die weitgehende Aufhebung der Coronabeschränkungen zum Saisonstart hat im Gastgewerbe zu einer Verbesserung der Geschäftslage geführt. Der Geschäftsreiseverkehr hat allerdings bislang nicht das Vor-Corona-Niveau erreicht. Die Unternehmen belasten die gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise und Arbeitskosten. Mehr als die Hälfte der Unternehmen hat Kostensteigerungen schon an die Gäste

weitergegeben, meistens aber nur teilweise. Insofern hat sich die Gewinn- und Finanzlage vieler Unternehmen verschlechtert. Sie sprechen von Eigenkapitalrückgang (48 Prozent), hoher Fremdkapitalbelastung (23 Prozent) und Liquiditätsengpässen (15 Prozent).

Die Erwartungen an die kommende Sommersaison sind vorsichtig. Trotz Aufhebung aller Coronabeschränkungen geht etwa die Hälfte der gastgewerblichen Unternehmen von einer gleichbleibenden Entwicklung, etwa ein Drittel von einer schlechteren Entwicklung aus. Die Gäste sind laut Vorbuchungsstand noch sehr zurückhaltend, Stornierungen sind häufig und es sind deutlich kürzere Aufenthalte festzustellen. Dazu kommen die Belastungen von der Kostenseite: Weiter steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise und steigende Lohnkosten aufgrund des Arbeitskräftemangels.

Die Personalsituation ist so angespannt wie noch nie. Mehr als jedes zweite Beherbergungsunternehmen (59 %) kann aktuell Personalausfälle nicht mehr durch neue Mitarbeiter kompensieren. Bei den gastronomischen Einrichtungen sind es sogar 66 %, die offene Stellen nicht besetzen können. Aufgrund des anhaltenden Mangels an geeigneten Fachkräften wird eine weitere Einschränkung des Angebots zu erwarten sein, die das Wachstum der Branche bremst.

Zusammenfassung und Ausblick

- Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen wird von einer guten Auftragslage und der Nachfrage der privaten Haushalte getragen. Wenn die Weitergabe der Kostensteigerungen bei Energie, Rohstoffen oder Arbeitskosten gelingt, sind die Unternehmen auch mit ihrer Gewinnsituation zufrieden. Dort wo es nicht gelingt, verschlechtert sich die Finanzlage und die Unternehmen leiden unter Liquiditätsengpässen und einem Rückgang an Eigenkapital.
- Die negativen Erwartungen für die kommenden 12 Monate über alle Branchen hinweg drücken die große Unsicherheit der Unternehmen aus. Sie wissen aufgrund der vielfältigen Risikofaktoren nicht in welchem gesamt- und weltwirtschaftlichem Umfeld ihre aktuellen Entscheidungen zum Tragen kommen. Das größte Risiko für ihre Geschäftstätigkeit sehen sie aber in der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise. Das macht deutlich, dass erst recht die Versorgungssicherheit bei Energie und Rohstoffen von zentraler Bedeutung für die Existenz, Wettbewerbsfähigkeit und die zukunftsgerichtete Entwicklung der Wirtschaft im östlichen Mecklenburg-Vorpommern ist.
- Die schlechtere Gewinnlage vieler Unternehmen und die unsicheren Erwartungen dämpfen die Investitionsbereitschaft. Ihre Investitionsausgaben gehen zurück. Der Anstieg der Investitionen, der einem Aufschwung nach einer Krise wie der Coronapandemie typischerweise Schwung verleiht, wird ausgebremst.
- Die Corona-Pandemie hat die regionale gewerbliche Wirtschaft stark getroffen. Die Wirkungen des Krieges Russlands gegen die Ukraine beeinträchtigen viele Unternehmen schon jetzt, aber sie fürchten noch viel einschneidendere Folgen in den kommenden Monaten. In dieser prekären Situation belasten die Unternehmen die Anforderungen, die von politischen Vorhaben wie u.a. dem nationalen Emissionshandel, dem Lieferkettengesetz, der EU-Taxonomie bei Finanzierungsprojekten oder den Verschärfungen der Öko-Designrichtlinie ausgehen, ganz besonders stark. Deshalb fordert die IHK Neubrandenburg die Politik auf, in der aktuellen Krisensituation zusätzliche Belastungen der Unternehmen durch Aussetzung oder Verschiebung von Vorhaben zu verhindern.

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:
Postfach 11 02 53
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de

